

702. 29-01-2012  
725. 00-07

18.12.2012

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.5)

Herr Senator Scheele trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2012/2674, betreffend

Anpassung der Rechtsgrundlagen der Öffentlichen Rechtsauskunft-  
und Vergleichsstelle (ÖRA),

vor.

Der Senat nimmt von den Ausführungen in der vorgelegten Drucksache Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte „Verordnung zur Änderung der ÖRA-Verordnung“.
2. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

*A. Hitpaß*  
Annette Hitpaß



Berichterstattung  
Senator Scheele  
Staatsrat Pörksen

1 ÖPT 5  
VOB

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2012/02674  
vom. 05.12.2012

## Anpassung der Rechtsgrundlagen der Öffentlichen Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle (ÖRA)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] vor [REDACTED]

[REDACTED] die [REDACTED]

[REDACTED] die [REDACTED]

### A. Zielsetzung

Anpassung der Rechtsgrundlagen der ÖRA in Hinblick auf vereinzelte Regelungsbedarfe, die sich in der Praxis ergeben haben. Insbesondere Erweiterung des Kreises, aus dem die Bestellung der ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater sowie Vorsitzenden in Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung durch den Präses der für Justiz zuständigen Behörde erfolgen kann. Präzisierung einzelner Verfahrensregelungen.

### B. Lösung

Im ÖRA-Gesetz Streichung der formalen Beschränkung des Personenkreises, aus dem die Beraterinnen und Berater sowie die Vorsitzenden bestellt werden, nach Herkunft aus Hamburg und Berufsgruppen.

Ergänzung der ÖRA-Verordnung um Regelungen zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und zur Verdeutlichung des obligatorischen Charakters des Sühneverfahrens für den Antragsteller.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Keine.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

**F. Auswirkungen auf**

Familienpolitik

Klimaschutz

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

**G. Alternativen**

Keine

**H. Anlagen**

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der ÖRA-Verordnung, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft mit Gesetzentwurf.